



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



Jutta Haug

Mitglied des Europäischen Parlaments

Brüssel, im Juli 2011

Liebe Genossinnen,

selbstverständlich ist dem Europäischen Parlament vor der parlamentarischen Sommerpause 2011 die Arbeit nicht ausgegangen. Viele aktuelle Themen sind diskutiert und Beschlüsse wie zur Lebensmittelkennzeichnung und Finanzmarkregulierung gefasst worden.

Aber natürlich werden darüber Themen wie Gleichstellung und Chancengleichheit nicht aus den Augen verloren.

° Bereits im April dieses Jahres wurde ein Bericht vom Europäischen Parlament zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum mit großer Mehrheit angenommen. Es ist bekannt, dass aufgrund des demographischen Wandels und der allgemeinen Abnahme des Bevölkerungsanteils von Frauen in vielen ländlichen Gebieten die Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs mit der bestehenden Infrastruktur im ländlichen Raum in Zukunft nicht mehr hinreichend gewährleistet werden kann bzw. die entsprechenden Einrichtungen aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden müssen. Deshalb fordert das Parlament, dass die Rahmenbedingungen im ländlichen Raum so zu gestalten sind, dass Frauen aller Generationen in ihrem unmittelbaren Umfeld verbleiben und zu dessen Revitalisierung und Entwicklung beitragen können. Dazu gehört unter anderem auch, die Verwendung von Formen elektronischer Unternehmensführung wie E-Business durch Frauen im ländlichen Raum zu fördern und zu unterstützen, damit auch in stadtfernen Regionen eine Wirtschaftstätigkeit ausgeübt werden kann. Ferner sollen auch den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrantinnen, die als Saisonarbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind, Rechnung getragen werden.

° Ebenso wurde im April ein Bericht zu den Prioritäten und Grundzügen einer neuen EU-Politik zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durch das Europäische Parlament angenommen. Das Parlament fordert darin, dass Vergewaltigung und andere Formen von sexueller Gewalt gegen Frauen in allen EU-Mitgliedstaaten als Verbrechen anerkannt und strafrechtlich verfolgt werden sollen. Denn in einigen EU-Ländern ist Vergewaltigung derzeit keine Straftat, die eine Strafverfolgung von Amts wegen nach sich zieht. Etwa 20% - 25% aller Frauen in Europa waren mindestens einmal in ihrem Erwachsenenleben Opfer körperlicher Gewalttaten und mehr als ein Zehntel Opfer sexueller Gewalt unter Anwendung von Zwang. Weil Frauen in der Europäischen Union nicht in gleichem Maße gegen männliche Gewalt geschützt sind, sich politische Maßnahmen und Rechtsvorschriften in den

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de

Mitgliedstaaten unterscheiden wird ferner eine EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen gefordert. Es muss künftig sichergestellt sein, dass solche Straftaten eine automatische Strafverfolgung nach sich ziehen. Eine Berufung auf kulturelle, traditionelle oder religiöse Praktiken oder Gepflogenheiten als mildernde Umstände, einschließlich sogenannter Ehrenverbrechen und der Genitalverstümmelung bei Frauen, soll in keinem Fall zulässig sein.

° In der Juli-Plenarsitzungswoche in Straßburg hat das Europäische Parlament sich deutlich für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote ausgesprochen. In einer Entschließung zu Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen kritisiert das Parlament, dass die Zahl der Frauen in Führungsgremien derzeit nur um einen halben Prozentpunkt pro Jahr wächst. In diesem langsamen Tempo würde es weitere fünfzig Jahre dauern, bis der Frauenanteil in Führungsgremien mindestens 40% betrüge. Derzeit sind 10% der Direktoren und nur 3% der Vorstandsvorsitzenden in den größten börsennotierten EU-Unternehmen Frauen. Das Parlament fordert die Kommission auf, "bis 2012 legislative Maßnahmen einschließlich Quoten zur Steigerung der Vertretung von Frauen in den Führungsgremien von Unternehmen auf 30 % bis 2015 und auf 40 % bis 2020 vorzuschlagen", sollten freiwillige Maßnahmen nicht ausreichen, um diese Ziele zu erreichen. EU-Mitgliedstaaten, die bereits eine gesetzliche Frauenquote eingeführt haben, bestätigen den Sinn, den Zweck und die Notwendigkeit.

° Ferner hat das Europäische Parlament in Straßburg im Juli beschlossen, 2012 als Europäisches Jahr des Aktiven Alterns auszurufen. Hintergrund dieser Initiative ist, dass sich die europäische Politik mit einer stetigen demografischen Alterung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen und Finanzen auseinandersetzen hat. Diese Initiative soll zur Schaffung besserer Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für die zunehmende Zahl älterer Menschen in Europa beitragen, ihnen helfen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen und ein gesundes Altern fördern. Desweiteren muss vor allem gegen die Armut im Alter vorgegangen werden. Aktives Altern bedeutet, dass man älteren Menschen mehr Möglichkeiten bietet, weiterzuarbeiten, länger gesund zu bleiben und auf andere Weise weiterhin einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Mit diesen Themen und Entscheidungen im Gepäck verabschiedet sich das Europäische Parlament in die Sommerpause.

Ich wünsche Euch allen einen schönen, erholsamen Sommer.

Es grüßt Euch herzlich



Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de